

http://de.today.reuters.com/news/newsArticle.aspx?type=politicsNews&storyID=2005-09-25T081123Z_01_DEO444755_RTRDEOC_0_TUERKEI-ARMENIER-TAGUNG-20050924.xml&archived=False

Hunderte Türken demonstrieren gegen Konferenz zu Armenier-Morden

So Sep 25, 2005

Istanbul (Reuters) - Mehrere hundert türkische Nationalisten haben am Samstag in Istanbul gegen eine umstrittene Historiker-Konferenz zu Massakern an Armeniern demonstriert.

Die Konferenz stelle eine Beleidigung für die Türkei dar, sagten die Organisatoren der Demonstration. Die Konferenzteilnehmer ignorierten die Tatsache, dass auch Türken von Armeniern getötet worden seien. Abweichende Ansichten seien nicht zugelassen worden. Die Massaker an Armeniern sind ein politisch hoch sensibles Thema in der Türkei. Dem Vorläufer der heutigen Türkei, dem Osmanischen Reich, wird systematischer Völkermord an 1,5 Millionen Armeniern zwischen 1915 und 1923 vorgeworfen.

Die Konferenz hätte ursprünglich bereits am Freitag beginnen sollen, war aber von einem Gericht verboten worden. Um das Verbot zu umgehen, verlegten die Organisatoren die Tagung in eine andere Universität und verschoben sie um einen Tag.

Die Türkei bestreitet die Vorwürfe des Völkermords. Sie räumt zwar ein, dass Tausende Armenier von Soldaten des Osmanischen Reiches getötet wurden. Sie macht aber zugleich geltend, dass Armenier und ihre russischen Verbündeten auch Massaker an Türken und Kurden verübt hätten. Mit Blick auf den Anfang Oktober geplanten Beginn der Beitrittsgespräche zur Europäischen Union hat die türkische Regierung die Konferenz unterstützt.

<http://www.n24.de/politik/ausland/index.php/n2005092513292700002>

25. September 2005

Unter heftigen Protesten hat in Istanbul am Wochenende die erste Historikerkonferenz über das Massaker an den Armeniern im Ersten Weltkrieg stattgefunden. Die Tagung war wegen eines gerichtlichen Verbots zuvor zwei Mal abgesagt und schließlich von der Bogazici- in die Bilgi-Universität verlegt worden. Die Europäische Union verurteilte das gerichtliche Verbot. Ursprünglich sollte die Armenien-Konferenz bereits im Mai stattfinden.

Hunderte Demonstranten beschuldigten die Organisatoren am Samstag des Verrats und bewarfen die eintreffenden Teilnehmer mit Eiern und Tomaten. Am Sonntag versammelten sich noch etwa 20 Demonstranten, die gegen die Tagung protestierten. Polizisten in Schutzrüstung bewachten den Tagungsort, vor

dem elf Polizeibusse sowie ein Schützenpanzer standen.

Das Zustandekommen der Konferenz sei ein wichtiges Zeichen für die Meinungs- und Forschungsfreiheit in der Türkei, sagte Halil Berktaş, Historiker an der Sabanci-Universität. Mitorganisator Murat Belge sagte zur Eröffnung der Konferenz: "Das ist ein Kampf um die Frage: 'Können wir über diese Sache sprechen oder nicht?' Das hat viel mit der Frage zu tun, was für ein Land die Türkei sein wird."

Die Organisatoren erklärten, sie hätten überraschend viel Unterstützung aus der türkischen Bevölkerung erhalten, obwohl einige Redner das Massaker als ersten Genozid des 20. Jahrhunderts bezeichneten. Die Konferenz war nur für geladene Teilnehmer und Medienvertreter zugänglich.

Die EU hatte das Verbot der Tagung als neuen Versuch kritisiert, "die türkische Gesellschaft davon abzuhalten, ihre Geschichte frei zu diskutieren". Das Gericht hatte Einsicht in die akademischen Qualifikationen der Redner verlangt. Die Organisatoren umgingen das Verbot, indem sie den Tagungsort verlegte. Auch Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan hatte die Absage der Konferenz als schädlich für die Demokratie verurteilt. Die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei sollen am 3. Oktober beginnen.

Die gewaltsame Vertreibung von bis zu 1,5 Millionen Armeniern im Ottomanischen Reich in den Jahren 1915 bis 1923 ist in der Türkei ein Tabuthema. Die armenische und von zahlreichen internationalen Forschern unterstützte Darstellung, es habe sich um einen geplanten Völkermord gehandelt, wird zurückgewiesen.

(N24.de, Netzeitung)

<http://www.welt.de/data/2005/09/26/780840.html>

Heftige Proteste gegen Armenier-Konferenz

Streit um Historiker-Tagung steht symbolisch für das Ringen zwischen türkischen Reformern und Konservativen

von Boris Kalnoky

Istanbul - Es wäre in jedem anderen Land eine langweilige Meldung. 300 Historiker tagten und debattierten über Ereignisse, die vor 90 Jahren stattfanden. In der Türkei jedoch ist dies eine Sensation. Denn das Thema der Konferenz ist die Frage, ob die Großväter und Urgroßväter der heutigen Türken den ersten Genozid der modernen Geschichte begingen, ob die Massaker an den Armeniern und deren Deportation 1915-1917 ein Völkermord waren.

Die Türkei widerspricht der Genozidthese vehement, und die Regierung hat eine

Kampagne organisiert, um die Theorie zu entkräften. Von Völkermord an den Armeniern zu sprechen ist strafbar.

Immerhin, die Türkei gibt sich derzeit reformerisch und will EU-Mitglied werden. Historiker der Istanbuler Bogazici-Universität wollten das politische Tauwetter nutzen und organisierten eine Konferenz, zu der fast durchweg Kritiker der Regierungsthesen eingeladen wurden.

Das war im Mai und führte zu einem politischen Eklat: Justizminister Cicek nannte die Organisatoren "Verräter" und nannte die geplante Konferenz einen "Dolchstoß in den Rücken der Türkei". Links- und Rechtsextremisten drohten mit Gewalt. Die Konferenz wurde kurzerhand abgesagt.

Im Westen berichteten die Medien ausführlich über diesen neuerlichen "Beweis türkischer Unreife" für einen EU-Beitritt und werteten Ciceks Ausbruch als Ausdruck der Regierungspolitik.

Das scheint nicht zu stimmen, eher deuten die Ereignisse auf ein bitteres Ringen innerhalb der Regierung hin - Justizminister Cicek, der Justizapparat und Teile der Regierungspartei AKP gegen den Reformflügel und Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan.

Der Premier kritisierte die Absage der Organisatoren ("Es macht keinen Sinn, eine Konferenz zu vertagen, nur weil Herr Cicek seine persönliche Meinung gesagt hat") und nahm nach Informationen der türkischen Zeitung "Milliyet" persönlich Kontakt mit der Universität auf. Erdogan sagte deren Leitern, die Konferenz "müsse" stattfinden, bevor die Beitrittsverhandlungen mit der EU am 3. Oktober beginnen.

Vom Minister beschimpft, aber vom Ministerpräsidenten gedrängt, nahmen die Historiker einen zweiten Anlauf. Wieder stießen sie auf den Widerstand der Justiz. Ein Gericht untersagte am Donnerstag die Tagung und verlangte Beweise, ob die Teilnehmer denn auch "qualifiziert" seien. Daß auch Justizminister Cicek das gut fand und daß er damit in Widerspruch zu Erdogan stand, zeigte sich, als er von Journalisten gefragt wurde, wie er die Entscheidung des Gerichts finde: "Wenn ich darauf antworte, werdet ihr schreiben, es gebe Meinungsunterschiede zwischen Cicek und der Regierung", sagte er.

Das klingt flapsig, aber es gibt wirklich ein bitteres Kräftemessen zwischen dem Reformler Erdogan und Teilen des oft sehr konservativen Justizapparats. Erdogan beklagte auch die Entscheidung eines Istanbuler Gerichts, den Schriftsteller Orhan Pamuk anzuklagen. Ihm drohen drei Jahre Gefängnis - weil er es wagte zu sagen, in der Türkei seien 30 000 Kurden und eine Million Armenier umgebracht

worden.

Was die Armenienkonferenz betrifft: Die Organisatoren umgingen das Gerichtsurteil, indem sie den Tagungsort einfach verlegten. Das hätten sie vielleicht nicht getan, wenn sie nicht gewußt hätten, daß sie Rückendeckung von Erdogan persönlich haben.

Die Konferenz selbst verlief in gedämpfter Stimmung, und keiner der Historiker wagte es, das Wort "Genozid" auszusprechen. Nationalisten und Linksextreme empfangen die Teilnehmer mit fliegenden Eiern und Tomaten. Außenminister Abdullah Gül, der eigentlich persönlich kommen wollte, ließ lieber eine Botschaft verlesen. Darin wünschte er sich, die Konferenz möge dazu beitragen, folgendes klarzumachen: daß "imperialistische und koloniale Kräfte" gegen Ende des Osmanischen Reiches bemüht waren, die "ethno-religiösen Sensibilitäten der Völker" auszunutzen. Auf deutsch: Die Großmächte wollten die Türkei teilen, indem sie die Minderheiten aufwiegelten, und tragen daher Schuld am Blutvergießen.

Gül wollte dies der "jungen Generation eine Lehre" sein lassen - wohl ein Fingerzeig darauf, daß er es für denkbar hält, manche Westmächte könnten ähnliches erneut versuchen, diesmal mit den Kurden, um einen EU-Beitritt der Türkei zu verhindern.

Artikel erschienen am Mo, 26. September 2005

<http://www.taz.de/pt/2005/09/26/a0109.nf/text.ges,1>

"Riesiger Schritt für die Türkei"

Allen Widerständen und Protesten zum Trotz geht in Istanbul die erste Konferenz über die Armenier-Frage über die Bühne. Damit ist die Debatte jetzt offiziell eröffnet

ISTANBUL taz "Es ist unglaublich. Ein riesiger Schritt für die Türkei". Taner Akcam, der an einer Universität in den USA lehrt, ist immer noch ein wenig fassungslos. "Dass diese Konferenz über die Armenier-Frage jetzt doch in Istanbul stattfindet, hätte ich nie für möglich gehalten. Man kann die positive Wirkung nicht hoch genug einschätzen."

Tatsächlich hatte es zwei Tage zuvor noch ganz anders ausgesehen. Trotz positiver Signale aus Regierungskreisen - es war die Rede davon, dass Außenminister Abdullah Gül die Konferenz eröffnen würde - standen die Veranstalter am vergangenen Donnerstag nach einem ersten Scheitern im Mai

wieder vor den Aus. Eine nationalistische Juristenvereinigung hatte bei einem Verwaltungsgericht erfolgreich eine einstweilige Verfügung gegen die Konferenz beantragt. Der Hintergrund der Aktion war offenkundig. Erstmals wollten sich in der Türkei Wissenschaftler öffentlich zu Wort melden, die der offiziellen türkischen Haltung, die Vertreibung der Armenier aus Ostanatolien sei eine kriegsbedingte Notwendigkeit gewesen, kritisch gegenüberstehen.

Dies per Gerichtsbeschluss verhindern zu wollen, erwies sich schnell als Bumerang für die Nationalisten. Unmissverständlich machte Premier Tayyip Erdogan noch am Donnerstagabend klar, dass er den Gerichtsbescheid für eine unzulässige Einmischung in die demokratischen Freiheiten und für einen Verstoß gegen die Meinungsfreiheit hält. Selbst der traditionell regierungsfeindliche, kemalistisch dominierte Hochschulrat YÖK verurteilte den unzulässigen Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft. Auch ein Sprecher der Opposition erklärte, jeder müsse sich in dieser Frage frei äußern können.

Hinter den Kulissen wurde unterdessen eifrig telefoniert. Außenminister Gül schaltete sich von New York aus ein und Erdogan sicherte dem Rektor der Bilgi-Universität persönlich seine Unterstützung zu, nachdem die Bilgi-Uni als alternativer Tagungsort ins Gespräch gekommen war. So kam es am Samstagmorgen zu einer für die Türkei bis dahin unvorstellbaren Szene: Die Kritiker und angeblichen Vaterlandsverräter, denen Justizminister Cicek im Mai unterstellt hatte, sie machten sich zu nützlichen Idioten der armenischen Diaspora, zogen unter massivem Polizeischutz vor einer wütenden Menge türkische Fahnen schwenkender Nationalisten in die Bilgi-Universität ein, um ihren Kongress abzuhalten.

Dabei kam es erneut zu einer Umkehrung der gewohnten Verhältnisse. Obwohl das Publikum überwiegend mit den Referenten sympathisierte, gab es auch kritische Stimmen. Plötzlich sahen sich die Kritiker selbst der Kritik ausgesetzt. Doch die wollten sich ihren Erfolg nicht trüben lassen. "Heute", beschied Halil Berktaş, eine der Schlüsselfiguren der Konferenz, einen Mann, der die homogene Ausrichtung des Podiums beklagte, "sitzen wir hier. Jetzt reden wir und Sie hören zu." Auch wenn das zunächst sehr schroff klang - die öffentliche Debatte um die Vertreibung und Ermordung der Armenier im Osmanischen Reich ist in der Türkei eröffnet. **JÜRGEN GOTTSCHLICH**

meinung und diskussion SEITE 11

taz Nr. 7778 vom 26.9.2005, Seite 10, 104 Zeilen (TAZ-Bericht), JÜRGEN GOTTSCHLICH

Die Türkei debattiert endlich über den Völkermord an den Armeniern

Demokratischer Durchbruch

Nach einer Serie schlechter Nachrichten ist an diesem Wochenende mal wieder etwas Positives aus der Türkei zu berichten. Nur wenige Tage vor dem historischen 3. Oktober, an dem nach 40 Jahren Assoziierung jetzt tatsächlich Beitrittsgespräche zwischen der EU und der Türkei beginnen sollen, fand in Istanbul ein Kongress statt, der die Sinnhaftigkeit einer Aufnahme der Türkei in die Gemeinschaft besonders verdeutlicht. Seit fast 90 Jahren ist das Schicksal der armenischen Minderheit, die während des Ersten Weltkriegs aus Ostanatolien vertrieben und massakriert wurde, eines der großen Tabus der türkischen Republik.

An der strikten Weigerung, Fragen nach einer womöglich verbrecherischen Vergangenheit überhaupt zuzulassen, konnte weder der Terror der armenischen Asala in den 70er- und 80er-Jahren noch der Druck durch ausländische Parlamente etwas ändern - die Frage nach einem Völkermord an den Armeniern blieb tabu. Wie schwer es bis heute geblieben ist, über das Schicksal der Armenier in der Türkei kontrovers zu diskutieren, zeigt der Kampf um die kritische Armenier-Konferenz in Istanbul. Nur eine Intervention von Ministerpräsident Erdogan hat das Treffen der Kritiker an der offiziellen Linie möglich gemacht.

Dabei ging es zuletzt nicht mehr nur um die konkrete Veranstaltung. Die Frage war vielmehr, ob die Türkei auf dem Weg in eine demokratischere und freiheitlichere Gesellschaft bleibt oder auf die Bremse tritt, wenn es wirklich ans Eingemachte geht. Die Völkermordfrage ist in der Türkei in der gesamten Gesellschaft hoch emotional besetzt, das haben zuletzt noch die Reaktionen auf Orhan Pamuk gezeigt, der sich demnächst wegen seiner Aussage, es seien eine Million Armenier ermordet worden, vor Gericht verantworten muss.

Umso wichtiger ist, dass die Konferenz jetzt doch stattfinden konnte. Der Grund ist klar. Die Aussicht auf die Beitrittsgespräche ist es, die dem demokratischen Lager genug Rückenwind gibt, um Nationalisten und Rassisten in die Schranken zu weisen. Brüssel sollte sich über diesen Erfolg freuen. **Jürgen Gottschlich**

taz Nr. 7778 vom 26.9.2005, Seite 11, 46 Zeilen (Kommentar), Jürgen Gottschlich
